

Bericht aus dem Rathaus

DIE LINKE.
S C H W E R I N

.....
November 2017

Modellprojekt zu flexibleren KITA Öffnungszeiten beschlossen

Bereits bei den Verhandlungen zur Verwendung der freiwerdenden Mittel aus dem Betreuungsgeld hatte DIE LINKE. sich für die Finanzierung eines Modellprojektes ausgesprochen.

Immer wieder hatten Eltern in der Vergangenheit da-

rüber geklagt, dass die Früh- und Spätöffnungszeiten zu starr sind. Insbesondere Eltern, die berufsbedingt auspendeln müssen, stellt das vor Probleme.

Mit dem Beschluss hat die Stadtvertretung jetzt den Weg für die Durchführung des Projektes freigemacht.

Entwicklungskonzept für Kaninchenwerder

Wohin soll es mit der Insel gehen, darüber sprach der Arbeitskreis Soziales vor einiger Zeit mit dem VSP. Der Verein betreut ein Jugendprojekt auf der Insel, richtet auf Wunsch Veranstaltungen aus und organisiert die Versorgung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Diese und andere Fragen nahm die LINKE zum Anlass für eine neuerliche Initiative. Bestehende Konzepte müssten fortgeschrieben werden. Es gehe um Fragen der Erreichbarkeit, der touristischen Entwicklung und die Einbindung des Jugendprojektes in solche Vorhaben.

Und selbstverständlich müssten auch Naturschutzbelange berücksichtigt werden, so Peter Brill in der Debatte.

Hilfe für die Schleifmühle

Nach der Sommerpause besuchte die Linksfraktion die Schleifmühle. Dabei erfuhr sie von den Sorgen um die Zukunft dieses Kleinods am Ausgang des Schlossgartens. Dabei wurden verschiedene Lösungsmodelle diskutiert, die das Ehrenamt unterstützen und den Betrieb dauerhaft sichern.

Diese Fragen aufnehmend hat DIE LINKE. einen Antrag in die Stadtvertretung eingebracht, der den Oberbürgermeister beauftragt, Gespräche mit dem Verein und dem Land zu führen. Denkbar seien der Betrieb der Schleifmühle als Außenstelle des Schlossmuseums oder die Finanzierung einer Stelle und ggf. eines Investitionskostenzuschusses aus Mittel des Landeshauptstadtvertrages. Schließlich sei es das gemeinsame Ziel von Stadt und Land 2022 UNESCO Weltkulturerbe zu werden, sagte Henning Foerster.

Steuerspirale darf sich nicht nur in eine Richtung drehen

Vor dem Hintergrund der Aufforderung des Innenministeriums, im Haushaltsjahr 2018 noch einmal mehr als 4 Mio. Euro einzusparen, diskutieren die Fachausschüsse der Stadtvertretung aktuell eine Gewerbesteuererhöhung von 420 auf 450 Prozent.

Im Städtevergleich liegt Schwerin derzeit unter dem Durchschnittswert. Dies wird der Stadt immer wieder vorgeworfen, wenn sie in Gesprächen mit dem Land Unterstützung einfordert.

DIE LINKE hat bereits bei Einbringung der Vorlage deutlich gemacht, dass sie dem Anliegen nur zustimmt, wenn

im Gegenzug eine Entlastung der Bürgerinnen und Bürger bei der Grundsteuer B erfolgt.

Diese liegt mit 630 Prozent landes- und bundesweit in der Spitzengruppe und wird von jedem Hauseigentümer und Mieter (über die Nebenkosten) bezahlt. Selbst bei einer Absenkung unter 600 Prozent bliebe, bei gleichzeitiger Erhöhung der Gewerbesteuer, noch ein sattes Plus von ca. 1 Mio. Euro für das klamme Stadtsäckel übrig.

Es werde aber ein Signal gesetzt, dass sich die Steuerspirale nicht immer nur in eine Richtung drehe, so Gerd Böttger und Henning Foerster im Hauptausschuss.

.....
Sie suchen aktuelle Informationen über LINKE. Politik in der Landeshauptstadt Schwerin oder wollen sich einbringen?

Dann besuchen Sie uns doch einfach im Internet unter www.die-linke-schwerin.de

Dort finden Sie viele Informationen über unsere Partei und ihre Fraktion in der Stadtvertretung.

Emotionale Debatte zu Jetskis auf dem Schweriner See

Einig waren sich die Stadtvertreter aller Fraktionen darüber, dass der Kontrolldruck auf Raser erhöht werden soll. Auch die gezielte Ansprache und Aufklärung über die Wassersportvereine ist unstrittig.

Heftig diskutiert wurde dagegen, inwieweit eine Ausweichstrecke auf dem Außensee, auf der legal auch schneller als 25 km/h gefahren werden darf, geprüft werden soll. Die Wasserschutzpolizei sehe in einem solchen Vorhaben eine Möglichkeit, die Lage zu befrieden und die verschiedenen Interessenlagen unter einen Hut zu bekommen, argumentierte Gerd Böttger für DIE LINKE. Zudem handele es sich im Augenblick um nicht mehr und nicht weniger als einen Prüfauftrag.

Ob das Anliegen mit Blick auf die Tatsache, dass der größte Teil des Außensees gar nicht zu Schwerin gehöre, bei den Landkreisen auf offene Ohren treffe, müssten die Gespräche des OB zeigen.

Entscheidung über Zukunft der Paulshöhe vertagt

2.800 Unterschriften für den Erhalt des historischen Sportplatzes hat die Bürgerinitiative jüngst an den Stadtpräsidenten übergeben. Im Dezember wird die Stadtvertretung dann über einen Einwohnerantrag zu entscheiden haben. Die Linksfraktion wird das Ansinnen unterstützen. Anders als vor Jahren prognostiziert, gibt es heute mehr Mannschaften, mehr Fußballerinnen und Fußballer und damit verbunden auch erhöhte Bedarfe.

Dies räumt auch die Verwaltung ein und schlägt den Umbau des vom Burgsee Sportvereins genutzten Platzes zu einem Kunstrasenareal vor. Zudem bleibt das Nachwuchszentrum des FCM in Görries erhalten und auch am Sportgymnasium soll ein neuer Sportplatz errichtet werden. Einzig Paulshöhe will man abreißen, um mit der Fläche mehr als 3 Mio. Euro zu Erlösen. Dann soll dort in bester Lage gebaut werden.

Ersthelfer App auch für Schwerin

Herz – Kreislauf – Stillstand ist eine der häufigsten Todesursachen in Deutschland. Dabei könnten viel mehr Menschen überleben, wenn sich in der Nähe befindliche Personen trauen würden, Erste Hilfe zur Wiederbelebung zu leisten.

Da schon nach 3 Minuten ohne Blutversorgung schwere Folgeschäden drohten, sei dieses Thema nicht nur für Flächenlandkreise interessant, erwiderte Henning Foerster in der Debatte auf den Redebeitrag der CDU. Er überwies den Antrag in die Fachausschüsse und regte an, im Rahmen einer Anhörung bereits mit der Anwendung einer solchen App vertraute Experten aus Lübeck und Vorpommern Greifswald einzuladen.

Verwaltungsabläufe gehören auf den Prüfstand

An praktischen Beispielen machte Stefan Schmidt deutlich, warum Verwaltungsabläufe unbedingt überprüft werden sollten.

Vor allem im Sozialbereich gebe es einen unverantwortbaren Bearbeitungsstau, der Betroffene vielfach vor große Probleme stelle. So dauere es Monate, bis Anträge abschließend bearbeitet würden, auf telefonische Nachfrage gäbe es keine belastbaren Auskünfte und Bescheide seien häufig fehlerhaft.

Während eine Mehrheit dem Ansinnen folgte, erstaunte das Abstimmungsverhalten der SPD. Gegen die Empfehlung der eigenen Verwaltungsspitze lehnten deren Vertreter den Antrag ab.

Graffiti – nur Schmiererei oder auch Kunst

Ganz klar ist, sinnfreie Schmierereien auf Häuserwänden sind Sachbeschädigung und entsprechend zu ahnden. Zudem drohen, denjenigen, die dabei erwischt werden Schadensersatzklagen. Insofern besteht aus Sicht der Linksfraktion kein Bedarf, gesetzliche Regelungen zu verschärfen oder gar „Spitzelprämien“ zur Ergreifung von Sprayern auszuloben, wie es die AfD vorschlägt.

Stattdessen sollte präventiv gearbeitet werden. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass gezielte Ansprache, Aufklärung über die Strafbarkeit von illegalen Graffiti und das zur Verfügung stellen, legaler Flächen zu einer signifikanten Verbesserung geführt habe, so Henning Foerster.

Kinderarmut in Schwerin künftig stärker im Fokus

Kinderarmut ist auch in Schwerin ein trauriges Thema. Nicht ohne Grund gibt es Kindertafeln oder den pädagogischen Mittagstisch beim Kinderschutzbund. Nun soll das Thema auf Antrag der SPD auch in Schwerin noch stärker in den Blick genommen werden.

DIE LINKE hat dies seit langem getan. Neben praktischer Hilfe durch Spenden für in diesem Bereich tätige Vereine durch deren Landtagsabgeordnete, wurde ein Landesnetzwerk zur Bekämpfung der Kinderarmut gegründet. In diesem engagieren sich zahlreiche Vereine und Verbände. Aktuell würden Stimmen für eine Volksinitiative gesammelt, damit auch der Landtag sich stärker mit diesen Fragen befasst.

Darauf wies Wolfgang Block hin, der sich für DIE LINKE seit Jahren im Kinderschutzbund engagiert. Die Netzwerkgründung auf Stadtebene, die konkreten Ziele und die Zusammensetzung werden jetzt in den Fachausschüssen diskutiert.